

Der Bund legt seine neue Gefährdungsanalyse vor

Eine Pandemie und Strommangel sind die grössten Risiken für die Schweiz

SELINA BERNER, BERN

Alle fünf Jahre publiziert das Bundesamt für Bevölkerungsschutz (Babs) eine nationale Analyse der grössten Risiken für die Schweiz. Wie schon in der letzten Ausgabe führen eine Pandemie und eine Strommangellage die Rangliste an. Gemäss dem neuesten Bericht, der am Montag erschienen ist, haben sie eine «hohe Eintrittswahrscheinlichkeit» und könnten der Gesellschaft und der Wirtschaft massiv schaden. Am schwersten wöge allerdings ein bewaffneter Konflikt: Würde die Schweiz hineingezogen, hätte dies laut dem Babs «mit Abstand das grösste Schadensausmass» zur Folge.

An der Risikoanalyse beteiligen sich jeweils Fachleute des Bundes, der Kantone und der Gemeinden, dazu Vertreter kritischer Infrastrukturen und der Wissenschaft. Die insgesamt 265 Expertinnen und Experten identifizierten 44 Gefahren.

Bewertet wurden diese nach ihrem möglichen Schadensausmass – etwa gemessen an der Zahl der Toten oder Verletzten – sowie nach ihrer durchschnittlichen Eintretenswahrscheinlichkeit. Aus der Auswertung ergeben sich die «Top-10-Risiken»: Pandemie, Strommangellage, Grossandrang Schutzsuchender, Stromausfall, Trockenheit, Sturm, Hitzewelle, Erdbeben, Hochwasser und Bergsturz.

Grundlage für Massnahmen

Vor fünf Jahren sah die Rangliste noch anders aus. Damals stand der Ausfall des Mobilfunks an dritter Stelle, ein Grossandrang von Schutzsuchenden innerhalb weniger Monate belegte Platz neun. Ein Bergsturz wurde seinerzeit gar nicht als eigenständiges Risiko ausgewiesen.

Spätestens seit das Walliser Dorf Blatten im Mai 2025 unter Millionen Kubikmetern Gestein begraben wurde, ist die Gefahr allerdings greifbar. Für

Alpenforscher steht fest: Mit dem Klimawandel ist die Wahrscheinlichkeit von Bergstürzen deutlich gestiegen. Doch die Schweiz habe beim Schutz vor Naturgefahren lange Zeit geschlumpt, sagte etwa Boris Previsic, Direktor des Instituts für Kulturen der Alpen, nach der Katastrophe in Blatten.

Die nationale Risikoanalyse des Babs soll als Grundlage dienen für die systematische Planung von Massnahmen zur Vorbereitung auf Katastrophen und Notlagen. Dabei hat auch ein Abgleich mit der sicherheitspolitischen Strategie des Bundesrates stattgefunden, wie das Babs in einer Mitteilung schreibt.

Gemäss der Strategie soll sich der Bevölkerungsschutz – also Zivilschutz, Polizei, Feuerwehr, Gesundheitswesen und technische Betriebe – stärker auf hybride Bedrohungen ausrichten, also beispielsweise auf Cyberangriffe oder Angriffe gegen Energieanlagen und Verkehrsknotenpunkte. Zugleich sol-

len sich die verschiedenen Organisationen verstärkt auf einen bewaffneten Konflikt vorbereiten.

Das Amt steht in der Kritik

In der neusten Risikoanalyse des Babs wurden die meisten hybriden Bedrohungen seit 2020 allerdings nicht hochgestuft. Anschläge mit konventionellen Mitteln, etwa auf einen Bahnhof, oder Unruhen gelten nach wie vor als «ziemlich plausibel». Einzelne Cyberangriffe wiederum seien längst ein «Alltagsrisiko». Dass die Schweiz in einen konventionellen bewaffneten Konflikt hineingezogen wird, stufen die Fachleute als wenig plausibel ein – auch wenn das Risiko gemäss Bericht gestiegen ist. In diesem Szenario wäre das Schadensausmass jedoch mit Abstand am grössten: zahlreiche Tote und Verletzte, massive wirtschaftliche Einbussen.

Dass ausgerechnet das Babs selbst auf eine Katastrophe oder kriegs-

ähnliche Lage nur ungenügend vorbereitet ist, zeigte sich im vergangenen November bei einer zweitägigen Grossübung. Mehr als tausend Personen standen im Einsatz, doch das zentrale IT-System zur Erstellung eines schweizweiten Lagebilds fiel aus – und das nicht zum ersten Mal.

In der «NZZ am Sonntag» kritisierte die Regierungskonferenz Militär, Zivilschutz und Feuerwehr, das Babs sei auf moderne Kriegsszenarien unzureichend vorbereitet und technisch zu wenig fit für die heutigen Herausforderungen.

Der Druck auf die Direktorin Michaela Schärer wuchs nach den Pannen. Schliesslich gab Verteidigungsminister Martin Pfister im Dezember bekannt, das VBS trenne sich von der Babs-Direktorin. Bis im April bleibt sie im Amt. Wer ihr nachfolgt, und damit künftig auch für die Gefahrenanalysen des Bundesamts verantwortlich ist, ist noch offen.